



**Sozialdemokratische  
Partei  
Deutschlands**

Stadtverordnetenfraktion

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Berliner Platz 1

35390 Gießen

Stadtverordnetenversammlung Universitätsstadt Gießen		
24. Juni 1996		

24.07.1996

**Antrag**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie, nachfolgenden Antrag zur Beratung in die nächste Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung zu geben.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über das Jugendamt die Einrichtung eines sog. Jugendparlamentes nach den Sommerferien 1996 zu organisieren. Die Wahl des Jugendparlamentes soll über die Schülervertretungen der Gießener Schulen erfolgen.

Begründung  
folgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Hagemann  
Fraktionsvorsitzende

Leinweber  
Fraktionsvorsitzender

	Datum	Sitzung Nr.	beschl. ja/nein	Bemerkungen
BAU/FRA				
SJ/ <del>MA</del>	03.07.1996	18	ja	geändert beschlossen (siehe Protokoll)
SKFS				
<del>WV</del> STV	16.07.1996	26	ja	geändert beschl. Gr. Protokoll



**TOP 08:**

**Einrichtung eines Jugendparlamentes**

**– Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom  
24.07.1996 –  
(DS 1131)**

---

**Antrag:**

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über das Jugendamt die Einrichtung eines sog. Jugendparlamentes nach den Sommerferien 1996 zu organisieren.

Bis zum 01.09.1996 unterbreitet das Jugendbildungswerk dem Ausschuß für Soziales und Jugend ein Konzept. Auf der Grundlage des Konzeptes und nach Beratung im Ausschuß soll dann der Auftrag umgesetzt werden.

**Stv. Bouffier-Pfeffer** stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, daß der Satz

Auf der Grundlage des Konzeptes und nach Beratung im Ausschuß soll dann der Auftrag umgesetzt werden.

gestrichen werden solle.

**Stv. Dr. Kaufmann** stellt für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt, über das Jugendamt die Einrichtung eines sog. Jugendparlamentes nach den Sommerferien

1996 zu organisieren.

Bis zum 01.09.1996 unterbreitet das Jugendbildungswerk dem Ausschuß für Soziales und Jugend ein Konzept. Auf der Grundlage des Konzeptes und nach Beratung und Beschlußfassung im Ausschuß für Soziales und Jugend und in der Stadtverordnetenversammlung soll dann der Auftrag umgesetzt werden.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Bouffier-Pfeffer, Dr. Linder, Brand, Dr. Kaufmann und Bürgermeister Schüler.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.  
(Ja: CDU/1 FDP; Nein: SPD/GR/1 FDP; StE: REP/Schuster)

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.  
(Ja: 4 GR/CDU/4 SPD/FDP; Nein: 15 SPD/6 GR; StE: REP/Schuster)

Der so geänderte Antrag, DS 1131, wird mit Stimmenmehrheit beschlossen.  
(Ja: SPD/GR/18 CDU/FDP/Schuster; Nein: REP; StE: 1 CDU)